



Jana Dahlendorf

Öffentlich-rechtliche Instandhaltungsverantwortung für Eisenbahnfahrzeuge

Untersuchung auf der Grundlage des Allgemeinen Eisenbahngesetzes unter Berücksichtigung unionsrechtlicher Bezüge

Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1353

144 Seiten, 2017

Print: <978-3-428-15176-9> € 59,90

E-Book: <978-3-428-55176-7> € 53,90

Print & E-Book: <978-3-428-85176-8> € 71,90

Die Autorin beschäftigt sich mit der neugeregelten Instandhaltungsverantwortung für Eisenbahnfahrzeuge in Deutschland, die neben der Herstellungs- und Betriebsverantwortung Teil des Rechts der Eisenbahnsicherheit ist – einem Themenfeld, das auch angesichts neuer Beschaffungsmodelle im SPNV von hoher praktischer Relevanz und aktueller Bedeutung ist. Die Neuregelung führt, insbesondere wenn bei den unterschiedlichen Verantwortlichkeiten keine Personenidentität besteht, zu Abgrenzungsproblemen im Schnittstellenbereich zwischen öffentlichem Recht und Zivilrecht. Weitere Rechtsfragen ergeben sich daraus, dass das national vorgeprägte Eisenbahnsicherheitsrecht vermehrt durch völkerrechtliche sowie unionsrechtliche Vorgaben bestimmt wird. Vor dieser Gemengelage nimmt die Autorin eine Neubewertung des Verantwortungsregimes für die Sicherheit von Eisenbahnfahrzeugen vor. Hierfür zeigt sie zu den maßgeblichen rechtlichen Anforderungen entsprechende Lösungs- und Gestaltungsvorschläge auf und gibt einen Ausblick auf die Auswirkungen durch das Inkrafttreten des vierten Eisenbahnpaketes.

Inhalt

1. Begriff der öffentlich-rechtlichen Instandhaltungsverantwortung für Eisenbahnfahrzeuge in Deutschland: Begriffsbestimmung — Begriffsverwendung im Rahmen dieser Arbeit

2. Unionsrechtliche und völkerrechtliche Vorgaben zur Verteilung der Verantwortung für Eisenbahnfahrzeuge: Unionsrechtliche Vorgaben bis zur Änderung der Eisenbahnsicherheits-RL — Völkerrechtliche Vorgaben durch das COTIF — Unionsrechtliche Vorgaben nach der Änderung der Eisenbahnsicherheits-RL

3. Vorgaben zur Verteilung der Verantwortung für Eisenbahnfahrzeuge in Deutschland bis zum Inkrafttreten des § 4a AEG: Bis zur Bahnreform — Bahnreform — Nach der Bahnreform

4. Öffentlich-rechtliche Instandhaltungsverantwortung für Eisenbahnfahrzeuge nach § 4a Abs. 1 AEG: Zuweisung der öffentlich-rechtlichen Instandhaltungsverantwortung nach § 4a Abs. 1 S. 1 AEG — Übertragbarkeit der öffentlich-rechtlichen Instandhaltungsver-

antwortung nach § 4a Abs. 1 S. 2 AEG — Öffentlich-rechtliche Instandhaltungsverantwortung und Zertifizierungspflicht

5. Pflichtenprogramm zur Wahrnehmung der öffentlich-rechtlichen Instandhaltungsverantwortung nach § 4a Abs. 2 bis 6 AEG: Allgemeine Anforderungen nach § 4a Abs. 2 AEG — Konkretisierung der allgemeinen Anforderungen nach § 4a Abs. 3 AEG — Konkretisierung der allgemeinen Anforderungen nach § 4a Abs. 4 AEG — Kennzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten nach § 4a Abs. 5 und 6 AEG

6. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

7. Ausblick: Unionsrechtliche Vorgaben nach der Neufassung der Eisenbahnsicherheits-RL im Jahr 2016

Literatur- und Sachverzeichnis